

# Das Recht.

Conservativ-fortschrittliches Organ für Politik und Volkswirtschaft, für Wissenschaft, Kunst und Literatur

Erscheint wöchentlich 6-mal, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag, Samstag und Sonntag. — Preis für **Pressburg**: Ganzjährig 8 fl.; halbjährig 4 fl.; vierteljährig 2 fl.; Zustellung in's Haus per Monat 18 kr.; einzelne Nummern 4 kr. — Auswärts mit Post bezogen: Ganzjährig 11 fl.; halbjährig 5 fl. 50 kr.; vierteljährig 2 fl. 75 kr. — In **Pressburg** abonniert man bei der **Administration: Apponyigasse Nr. 10.** — **Auswärtige Abonnenten** abonnieren daselbst oder bei den betreffenden Postämtern. **Inserate** werden bei der Administration des Blattes angenommen und kosten: Die 4-mal gespaltene Zeile bei einmaliger Einschaltung 6 kr., bei mehrmaliger entsprechender Rabatt; jedesmalige Stempelgebühr 30 kr. — Zeitungsbestellungen und Zuschriften erbittet man sich frankirt; unverfälschte Reclamationen wegen nicht erhaltener Nummern sind portofrei. Manuscripte werden nicht zurückgestellt. — **Redaction:** Sierreimgasse Nr. 177.

Nr. 247.

Donnerstag 28. October 1875.

IV. Jahrgang.

## Pränumerations-Einladung.

Wir eröffnen mit 1. November l. J. ein Monat-Abonnement, u. zw.:

Für **Pressburg**:

Per November . . . . . — fl. 67 kr.

„ November und Dezember . . . 1 „ 34 „

Mit Zustellung in's Haus per Monat — „ 18 „

Für **Ungarn-Oesterreich**:

Per November . . . . . — fl. 92 kr.

„ November und Dezember . . . 1 „ 84 „

Mit freier Postzusendung.

In Oesterreich besteht noch immer der Zeitungsstempel, welcher von den dortigen Abonnenten an das betreffende jenseitige Postamt **separat** zu bezahlen kommt. Unter Einem erlauben wir uns für einige unserer verehrten p. t. Abonnenten die freundliche Bemerkung, daß die Pränumerations im Vorhinein zu berichtigen kommt, und daß für auswärts der vierteljährliche Betrag 2 fl. 75 kr. und nicht 2 fl., der halbjährliche 5 fl. 50 kr. und nicht 4 fl. beträgt. **Bei dieser Gelegenheit erlauben wir uns auch, jene unserer geschätzten p. t. Pränumeranten, die das Abonnement von früher her zu erneuern unterließen, zu bitten, selbes möglichst bald einzusenden.**

Dem Obigen fügen wir noch bei, daß uns die Pränumerationsbeträge am Bequemsten und Billigsten mittelst Postanweisungen zugesandt werden. Alle Postämter des In- und Auslandes nehmen Pränumerationen auf unser Journal entgegen.

Hochachtungsvoll

Die Administration des „Recht“,  
Apponyigasse Nr. 10.

## Die Zoll- und Handelspolitik Ungarns.

Die Zoll- und Handelsfrage zwischen Oesterreich und Ungarn ist in Folge der schutzöllnerischen Bewegung in Cisleithanien für uns eine brennende geworden. Sie ist es, mit der sich die hauptstädtische Presse, wenigstens der bedeutendere Theil derselben, befaßt und dem Fortschritte der j. g. Verfassungspartei Cisleithaniens in Hinsicht der Frage des Schutzzolles ihre ganze Aufmerksamkeit widmet. Die drei Fractionen der Verfassungspartei: die äußerste Linke, die Fortschritts- und die Centrumspartei, haben sich in Sachen des Zollvertrages zu einer gemeinsamen Politik — gegen Ungarn — vereinigt und ein Neuner-Comité entsendet, dessen Aufgabe es ist, im Einvernehmen mit der cisleithanischen Regierung den Plan der Zollpolitik zu entwerfen. Dieses Comité zählt mehr Anhänger Skene's, der Vertreter einer antiungarischen Richtung ist, welcher Umstand besonders dem „Festi Napló“ gewaltige Bedenken in Bezug auf die Lösung der zwischen den beiden Reichshälften schwebenden Fragen, nämlich der Zoll- und Handelsfrage und der mit ihr verknüpften Valutaregelung, des Silberagios und Geldfußes einflößt, Bedenken, die um so schwerwiegender sind, als der 24. Dezember heranrückt, an welchem Tage der Zollvertrag mit Oesterreich zu kündigen wäre, ohne daß unsere Regierung wüßte, was sie thun will und soll, also einer förmlichen Rathlosigkeit verfallen zu sein

scheint. Die Gefahr, die aus der Bewegung unserer Herren Reichsnachbarn für Ungarn erwachsen könnte, ist um so größer, als selbst die **Communalvertretung Wiens** eine Action in Sachen der Zollfrage vorbereitet und das Beispiel der Hauptstadt geeignet ist, alle maßgebenden Kreise zu einer Solidarität gegen Ungarns Interesse zu verbinden, ohne daß Letzteres zu einer entsprechenden Gegenwehr angefaßt der rasch um sich greifenden schutzöllnerischen Strömung vorbereitet wäre. **Schutz Zoll oder Freihandel** ist die Parole des Tages, der gegenüber wir unsere Regierung unvorbereitet, das große Publikum aber vollkommen apathisch treffen, so daß wir die Gegenparole, selbstständiges Zollgebiet oder nicht? nicht einmal einer sachgemäßen Erörterung und Erwägung unterzogen haben.

Der erste Erfolg der schutzöllnerischen Agitation in Cisleithanien ist, daß sich Letzteres zur Kündigung der Nachtragsconvention zum englischen Handelsvertrage entschlossen hat, womit das wichtigste Hinderniß gegen die Einführung des Schutzzolles beseitigt würde.

Die Stellung Ungarns zur aufgeworfenen Schutzollfrage ist in der That eine schwierige, abgesehen von der Animosität, welche sich unter ihrer Hülle birgt und um so bedauerlicher ist, als sie die beiden Theilen gerechte Lösung erschwert, ja begründetermaßen befürchten läßt, daß die Lösung, wenn sie überhaupt gelingt, mit der Uebervertheilung des einen oder andern Theiles endigt. Schwer ist die Stellung Ungarns auf alle Fälle, denn der Freihandel hat sich für unsere Monarchie nicht heilig erwiesen, und Ungarn hat an den Nachtheilen nicht zur geringeren Hälfte participirt. Sein Interesse also ist entschieden gegen die Behauptung des bisherigen Handelssystems. Der Schutz Zoll hingegen, in einem Maße in Anwendung gebracht, wie er von den Schutzöllnern Oesterreichs intendirt wird, würde die ganze Last des Güterverkehrs auf Ungarn als den vorwiegend consumirenden Theil wälzen, indem das durch den Schutz Zoll gegen das Ausland begünstigste Oesterreich nach Ungarn eine freie Grenze fände, um seine Erzeugnisse mit geringeren Kosten und um einen höheren Preis dem consumirenden Ungarn aufzuzwingen, weil dieses die billigeren Bezugsquellen des Auslandes, durch den Schutz Zoll vertheuert, nicht mehr benutzen könnte. So träten wir zur österreichischen Reichshälfte in ein Tributverhältnis, indem wir in Folge des Consumbedarfes die in letzter Linie immer auf den Consumumenten gewälzte Steuer in die österreichische Staatskassa bezahlen würden, um den österreichischen Steuerträger davon zu befreien, somit zu seiner Bereicherung beitragen müßten, ohne durch einen gleichen Abzug unserer Producte einen wenn auch nur verhältnißmäßigen Ersatz zu empfangen. Welchen Rückschlag diese Kapitalsabforberung durch Cisleithanien auf unsere wirtschaftlichen Verhältnisse ausüben würde, bedarf keiner näheren Erörterung: sie würde Ungarn mit diesen

Schritten zur Verarmung führen, von der wir heute schon in Folge unserer ungeordneten Staatswirtschaft ohnehin nicht mehr ferne stehen. Die letzten Reste unseres Handels und unserer Industrie würde Oesterreich verschlingen! Daß diese Perspektive uns zu großer Vorsicht mahnt, ist einleuchtend. Die Schwierigkeit unserer Lage aber liegt vorwiegend in den Postulaten der gemeinsamen Reichsinteressen, die wir mit unsern Sonderinteressen in Einklang bringen müssen und wollen. Daß diese Bereitwilligkeit zur entsprechenden Wahrung der gemeinsamen Interessen vorhanden ist, beweist die Nachgiebigkeit unserer Regierung in allen Fragen, die das Wohl und Wehe der Monarchie berühren, für welche Ungarn auch Opfer zu bringen bereit ist, aber nur so weit, als dies ohne Verlust seiner wirtschaftlichen Bedeutung und Macht möglich ist, welchem selbst nur theilweisen, aber fühlbaren Verluste es sich um so weniger aussetzen darf, als damit die Bedeutung und Macht der Monarchie selbst erschüttert würde, somit um den Preis des einen Theiles nicht die Wohlfahrt des Ganzen befördert werden könnte. So sehr daher Ungarn das Zollbündniß, ein gemeinsames Zollgebiet, überhaupt ein gemeinsam einverständliches Vorgehen in Dingen des Handels und Verkehrs mit der andern Reichshälfte wünscht, und zur Realisirung seines Wunsches die nöthigen Opfer auf den Altar des Reiches zu legen bereit ist, in demselben Maße ist es verpflichtet, für seine Selbsterhaltung eben im gemeinsamen Interesse so lange zu sorgen, als seine eigene wirtschaftliche Lage und Machtstellung das Wohl des Reiches bedingt.

Eben mit Rücksicht auf diese Gegenseitigkeit können wir es als eine unabweisliche Forderung bezeichnen, daß die Animosität, der kleinliche Eifer, das neidische Rivalisiren ein Ende nehme, und einer ernstern Erwägung der beiderseitigen Vor- und Nachtheile mit Rücksicht auf den gemeinsamen Zweck, d. i. das Wohl der Monarchie den Platz räume. Freilich, um dieses Einverständnis zu erreichen, muß das ungeheuerliche Interesse für das ganze Reich in den Vordergrund treten, dann der jüdisch liberale Geist der Uebervorteilung über Bord geworfen, und schließlich an das „Mein“ und „Dein“ der Maßstab der Gerechtigkeit und Billigkeit, mit gegenseitigem Wohlwollen gepaart, angelegt, mit der Einführung des Schutzzolles also eine den Interessen Ungarns gerechte Regelung des Zolltarifs vorgenommen werden, damit der Zwang, der in dem Schutzzolle liegt, für Ungarn nicht übermäßig drückend sei.

Nur Gerechtigkeit und Billigkeit vermag die zwischen uns schwebenden Fragen einer gedeihlichen Lösung entgegenzuführen; jede einseitige Lösung, wie sie immer beschaffen sein mag, werden beide Theile zu entgelten haben, weil das Ganze darunter leidet.

Ziehen wir das Verhalten unserer Regierung dieser Frage gegenüber in Betracht, so finden wir, daß sie, so wie in allen Dingen, auch in dieser Frage programmlos, ohne bestimmte Grund-

sage, — fast könnte man sagen, — rathlos dasteht. Es sei ferne von uns, in der bisherigen Unbestimmtheit etwa eine unpatriotische Absicht vermuthen zu wollen. Wir suchen die Ursachen in gewissen Thatsachen, deren Erkenntniß uns auf der richtigen Fährte erhält. Da sehen wir die heutige Regierung von dem Augenblicke an, als sie an das Ruder kam, ununterbrochen auf die Mittel sinnen, die zur Befestigung ihrer Machtstellung dienen sollen, so daß die eigentliche Regierung zu einer einseitigen Parteipolitik auf Kosten der Gemeininteressen herabsank, und bisher keine anderen Erfolge aufzuweisen vermag, als eine gefügige riesengroße Parlamentsmajorität, und eine kleine Armee der ausschließlich aus der Anhängerenschaft ernannten Regierungsbeamten. Daß diese, immerhin für einen respectablen Grad von politischer Reife zeugenden Bestrebungen und Erfolge gerade in der wichtigsten Periode unserer Beziehungen zu Cisleithanien die wirtschaftlichen Fragen, — deren entsprechende Lösung die Bedingungen unserer materiellen Existenz gewähren soll, — in den Hintergrund drängen mußten, unterliegt keinem Zweifel. Eine solche Regierung aber, die mit Hintansetzung der wichtigsten Landesinteressen von dem Augenblicke der Fusion bis zur Ministerpräsidentenschaft Tisza's sich nur mit ihrer Machtstellung auf Grund der Parteiverhältnisse befaßt, ist der ihrer harrenden Aufgabe nicht gewachsen. Das haben unsere Nachbarn erkannt, und daher die Entschiedenheit in ihrem Lager!

### Politische Uebersicht.

Preßburg, 27. October.  
Im Laufe der Verhandlungen des Finanzausschusses wurden, „Nemzeti Hirlap“ zufolge, drei Verurtheilungen an das Haus und eben so viele Separatvoten gegen Beschlüsse des Ausschusses angemeldet. An das Plenum des Hauses appellirten der Honvéd-Minister gegen den Beschluß, in Folge dessen die Kosten für die Adlatsstelle beim Honvéd-Overkommando gestrichen wurden; der Unterrichts-Minister gegen den auf den Abstrich des Erfordernisses für die Kaschauer Maschinenbau-Schule bezüglichen Beschluß, und der Handelsminister gegen den Beschluß hinsichtlich der Herabsetzung der Pferdezucht-Prämien. — Separatvoten meldeten an: Hely und Simonvi gegen den vom Ausschusse acceptirten Bedeckungsmodus und Jeddényi bezüglich der Uebernahme der Dedeburger Unter-Realschule in staatliche Verwaltung und der Errichtung einer pathologisch-anatomischen Klinik an der Budapester Universität.

Die „allgemeine Einkommensteuer“ wurde von dem Finanzausschusse des ungarischen Reichstages nach der Vorlage des Herrn Ministers angenommen, somit die Steuerlast des künftigen Jahres mit 8 Millionen Gulden vermehrt.

Der „Ung. Lloyd“ meldet: Von gewöhnlich sehr gut unterrichteter Seite erfahren wir, daß der Finanzminister, Herr Kol. v. Széll, sein Project bezüglich der großen Rentenleihe um die Mitte des kommenden Monats dem Abgeordnetenhaus vorzulegen beabsichtigt. Jedenfalls aber würde dieses Project bis dahin in dem Maße gereift sein, daß es der öffentlichen Discussion würde übergeben werden können.

In Oesterreich war der Finanzminister in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 26. d. M. nicht so glücklich, wie sein Colleague vom Ackerbau in der letzten Samstagsitzung. Es stand nemlich auf der Tagesordnung als zweiter Gegenstand die erste Lesung der vom Finanzminister mit dem Budget eingebrachten Novelle zum Stempel- und Gebührengesetz, wobei es sich bloß um die formelle Frage der Zuweisung an einen Ausschuss handelte. Allein schon bei dieser Vorfrage kam die Bestimmung des Hauses über das neue Steuergesetz zum Ausdruck. Wolfrum beantragt im Sinne der Regierung die Zuweisung an den Budgetausschuss, wogegen Dr. Hoffner im Namen des Fortschritts-Clubs den Antrag stellte, den Gesetzentwurf an den Ausschuss für das Gebührengesetz zu verweisen. Eine längere Debatte entspann sich über diese Vor-

frage, in deren Verlaufe Fur aus Mähren u. A. äußerte: „Es hat ungeheure Aufregung hervorgerufen, daß gerade auf dem Felde der Gebührenerhöhung stattfinden soll, den Resolutionen des Abgeordnetenhauses zum Trotz, welche eine Verminderung der Gebührenerhöhung verlangten.“ Bei der Abstimmung blieb der Antrag Wolfrums, die Novelle zum Stempelgesetz an den Finanzausschuss zu verweisen, für welchen die Minister Stre-mayr, Ehlmezy und Glaser stimmten, in der Minorität, mit 65 gegen 93 Stimmen, und der Antrag auf Ueberweisung an den Gebührenerausschuss wurde angenommen. Die Polen, die Rechts-partei, der Fortschrittsclub und ein Theil der Linken stimmten gegen den Antrag Wolfrums. Hier-auf begann die Spezialdebatte über das Fischereigesetz. Zum Beginn der Sitzung leisteten die neu-eingetretenen Abgeordneten aus Tirol, v. Wörl und Franz v. Ballinger, die Angelobung.

Der Wildauer'sche Schulaufsichtsgesetzesantrag dürfte erst in der nächsten Woche zur Verhandlung kommen, da im Laufe dieser Woche noch das Fischereigesetz und das Gensdameriegesetz zu erledigen sind. Die Polen drohen für den Fall, daß der Antrag Wildauer's angenommen wird, mit dem Austritt aus dem Reichsrath. Der Obmann des Polenclubs, Grocholski, hat sämtliche Mitglieder des Clubs nach Wien berufen, um gegen den Antrag Wildauer's Stellung zu nehmen, und auch die Regierung soll mit vereinten Kräften dahin arbeiten, daß der Antrag die Zustimmung des Parlaments nicht erhalte, und der Minister Stre-mayr soll sogar bei seiner jüngsten Anwesenheit in Lemberg den Polen versprochen haben, daß der Antrag gar nicht auf die Tagesordnung gelangen werde, wogegen sich freilich die Liberalen eines entgegengesetzten Versprechens von demselben Herrn Minister rühmen.

Wie unser Wiener Correspondent uns schreibt, erregt die Verurtheilung des Statthalters für Böhmen, Baron Weber, nach Wien dort Aufsehen. Ein Gerücht, für dessen Richtigkeit aber unser Correspondent keine Bürgschaft übernehmen kann, will wissen, Baron Weber sei zum Präsidenten des neu zu errichtenden Verwaltungsgerichtshofs designirt.

Zur Mailänder Entrevue veröffentlicht die „Gazetta piemontese“ eine telegraphische Correspondenz zwischen dem König von Preußen und dem König Victor Emanuel, in welcher der König Wilhelm der Mailänder Zusammenkunft eine historische Bedeutung beilegt, weil beide Monarchen „von der Vorsehung“ (sic!) an die Spitze ihrer Länder gestellt wurden, die nach langen Kämpfen ihre Einheit errungen haben. Die Vorsehung hat den König von Preußen an die Spitze von Preußen und Victor Emanuel an die Spitze von Piemont gestellt, aber nicht an die Spitze des „einigen“ Deutschland, noch an die Spitze des einigen Italien; das hat die Vorsehung bloß zugelassen, und sie zu Mitschuldigen der Infamien machen zu wollen, mit welcher die deutsche und die italienische Einheit zu Stande gebracht wurde, ist eine Blasphemie! Der König Victor Emanuel geht in seiner Antwort noch weiter, als der König Wilhelm; er spricht von einer gleichen Mission, zu welcher beide Monarchen von der Vorsehung berufen worden seien, von einer gleichen Situation zwischen den beiden Souveränen und Völkern. Was es mit dieser gleichen Mission und Situation auf sich hat, das hat unser Leitartikel in Nr. 245 des „Recht“ auseinandergesetzt. Auch die „Germania“ macht gegenüber der Berliner „Provinzial-Correspondenz“, welche die Uebereinstimmung der neueren Geschichte und Geschichte Deutschlands und des Königreiches Italien betont, darauf aufmerksam, daß der König von Preußen in den Jahren 1860 und 1861 die piemontesische Annexionspolitik und die unbedingte Berechtigung des Nationalitätsprinzips zurückgewiesen habe, welches in schroffem Gegensatz zu den Fundamentalprinzipien des Völkerrechts stehe, und fügt dann bei: „Das Recht Preußens, in solcher Weise zu sprechen, ist durch das Jahr 1866 einigermaßen beschränkt worden. Aber das Jahr 1866 verträgt trotz Allem, was wir an demselben tadeln und beklagen, doch nicht entfernt einen Vergleich mit den endlosen Schandthaten, die in Italien zum Zwecke nationaler Politik verübt worden sind; es

kann von Preußen und von Deutschland nicht gesagt werden, daß hier, wie in Italien, die starke Hälfte der Officiere und Beamten aus Männern bestehe, die ihrem rechtmäßigen Landesherrn Eid und Treue schände gebrochen, ja sich zum großen Theile direct gegen ihre Regierung empört haben... So ist es unwahr und es ist eine Verleumdung für uns Deutsche, wenn die Uebereinstimmung der neueren Entwicklung Italiens und des deutschen Reiches in so unbedingter Weise betont wird. Und es ist auch practisch im höchsten Grade bedenklich. Denn kann zunächst, was in Italien geschehen, von irgend einem Standpunkte aus vertreten werden, so besteht für diejenigen Theile des preussischen und deutschen Volkes und sogar für diejenigen Theile der preussischen und deutschen Armeen, welche die Geschichte Deutschlands in der Hand etwa des Königs von Baiern, des Großherzogs von Baden oder des Herzogs von Koburg für besser besorgt erachten, als bei der Dynastie der Hohenzollern, das Recht der Empörung und ... wird durch jeden Rechtfertigungsversuch der Politik Cavour's und seiner Nachtreter auch für das deutsche Volk das Recht der Revolution im Allgemeinen und eventuell auch zum Zwecke der Gründung einer Republik statuirte.

In Rom hält gegenwärtig die Gerichtsverhandlung gegen die Mörder Sonzogno's, des Redakteurs der „Capitale“, alle Welt in Spannung. Der Mörder Frezza sagte aus, daß er glaubte, im Auftrage Garibaldi's zu handeln, indem er Sonzogno aus dem Leben schaffte, weil er Letzteren für einen österreichischen Spion gehalten und weil die „Capitale“ gegen die Ueberregulierungspläne polemisirte. Ähnliche Aussagen machte der Angeklagte Farina.

Aus Constantinopel schreibt man der „Augsb. Allg. Ztg.“ über die Situation in Bulgarien: „Schon zu Anfang des herzogowinischen Aufstandes verbreiteten sich Gerüchte von Vöthung unter den Bulgaren; damals aber wurden diese Gerüchte als jeder Begründung entbehrend energisch dementirt, und es wurden Adressen veröffentlicht, welche von Gefühlen der Treue und Ergebenheit der bulgarischen Nation überströmten. Vor vierzehn Tagen aber gewannen diese Gerüchte bestimmtere Gestalt; das Ganze aber wurde als ein unbesonnener Streich einiger Krämer-Verhungen geschildert. Best gestaltet sich aber die Sache doch viel ernster; es treffen gleichzeitig Berichte aus Adrianopel, Schumla und Kustschuk ein, aus denen hervorgeht, daß in Schumla, Esti, Zagra, Kizanlit und Philippopol zahlreiche Verhaftungen stattgefunden haben, man sagt von mehr als zweihundert Personen, aus deren Geständnissen hervorgeht, daß Priester und Schullehrer eine Verschwörung angezettelt hätten, um die Türken während des im Fastenmonat Ramazan üblichen Teravib-Gebetes (dasselbe beginnt etwa zwei Stunden nach Sonnenuntergang und dauert über eine halbe Stunde) zu überfallen und die türkischen Quartiere anzuzünden. Es wurden auf Anordnung des Generalgouverneurs von Adrianopel in aller Eile Detachements von den nach der serbischen Grenze bestimmten Truppen nach den bedrohten Punkten gesendet, um die Ordnung wieder herzustellen, und es werden jetzt von Constantinopel aus Verstärkungen nach der Bulgarei geschickt. Aus den vorstehenden Angaben erhellt, daß die Verschwörung sich über die beiden Vilajets Adrianopel und Tuna erstreckte, und wenn es der Regierung nicht gelingt, rechtzeitig Herr der Situation zu werden, so könnte leicht ihre Lage noch viel bedenklicher werden, da der Aufstand in Bosnien und der Herzegowina noch immer nicht gänzlich niedergeworfen ist.“

### Tagesneuigkeiten.

\* (Beförderung.) Se. Majestät hat mit a. h. Entschließung vom 23. d. den Honvéd-Infanterie-Oberst im Urlaubsstatus, Ernst Hollán, mit später zu bestimmendem Range zum General im Urlaubsstatus ernannt.

\* (Festheim ungarischer Grundbesitzer.) Der Ritter von Pont-Curin hat, wie „Kapló“ meldet, die Bözser Herrschaft im Preßburger Comitatus um 400.000 fl. angekauft.

\* (Die erste Fuchsjagd) fand Samstag Vormittags statt. Trotzdem es in Strömen regnete, versammelten sich doch circa fünfzig Rothröcke auf dem Kaiser Turm und auch Ihre Majestäten waren erschienen. Nach vielem Suchen trieb man einen Fuchs auf und nach kurzem, aber starkem Hin- und Herlaufen die Hunde das erste, vorher noch gehörig maltrairte Opfer der heurigen Saison.

\* (Ein dürftiger König ohne Land.) Wir lesen im Mailänder „Secolo“: Unter den Armen, welche am 29. v. M., dem großen Michaeli-Ziehtermine, ohne Obdach geblieben sind, befand sich auch eine echte und wahrhafte Majestät, ein positiver Monarch, der Nachkomme eines alten königlichen Geschlechts, das auch einst seine Tage des Ruhmes hatte. Dieser König ist nämlich Leo VII. von Armenien, Fürst von Korigos, dessen Vater im Jahre 1846 von den Russen deposedirt wurde. Kurze Zeit darauf riefen die Bewohner von Erivan seinen Sohn unter dem Namen Leo VII. zum Könige aus, aber ein bloßer Befehl von Petersburg aus genügt, um ihn vom Throne herabzubringen; seine Güter wurden confiscirt und die ihm von Rußland zugestandene Pension von 12,000 Frs. gleichfalls eingezogen. — Dieser König ohne Land hatte wohl allerdings einst Capitalien in englischen und amerikanischen Banken, aber er engagierte sich in mehreren gewagten finanziellen Speculationen und kam so um sein Geld. Er verkaufte nun seine Juwelen und sonstigen Werthgegenstände und hatte bald absolut nichts mehr. Heutigen Tages befindet er sich in Mailand mit seiner Frau und sechs kleinen Kindern in der bittersten Armuth, so zwar, daß er nicht einmal eine Unterkunft und kaum die nothdürftigste Kleidung besitzt.

#### Localnachrichten.

\*\* (Die Einweihung) der neu restaurirten Domkirche in Preßburg findet am 31. d., d. i. am künftigen Sonntag in solennier Weise statt. Ueber die mit rastlosem Eifer betriebene und mit einem staunenswerthen Erfolg beendigte Restaurirung und deren künstlerischen Werth berichten wir nächstens.

\*\* (Für die arme Familie.) In nomine domini 2 fl. Summe der bisher eingelaufenen und ihrer Bestimmung zugeführten Spenden 117 fl. 90 kr.

\*\* (Von der Preßburger f. ung. Finanzdirection) wird bekannt gemacht, daß die für den 2. Novbr. d. J. angekündigte Licitation der Verzehrungssteuer der Gemeinde Magyar-Loß eingestellt ist.

#### Literatur.

Das alte Europa verflucht sich immer mehr und mehr in den Streit zwischen Kirche und Staat, und sein Culturleben ist im selben Maße im Niedergange begriffen, in welchem die Kirche Gottes als die Wächterin der Wahrheit und Gerechtigkeit verläugnet und verfolgt wird. Wir meinen das geistige Culturleben, im Gegensatz zu jenem Materialismus, welcher den Menschen nach den Wünschen und Regeln des Genusses seiner Bestimmung, seines sittlichen Werthes entleidet, um ihn gleich einer seelenlosen Pflanze der Vergänglichkeit zu überantworten. Die Kirche führt gegen diese ungeistige Richtung der Menschheit den immerwährenden — den wahren Culturkampf, der mehr und mehr den Character der Allgemeinheit in denselben Dimensionen annimmt, in welchen die Entgeistigung des Lebens Einzelner und ganzer Völker um sich greift. Dieser Kampf der Kirche des Erlösers auf jedem Gebiete sowohl der socialen als der staatlichen Wirksamkeit ist gegenwärtig auf der ganzen Welt verbreitet. Wie Wenige gibt es, die für die Bestrebungen und Leiden um der Menschen Wohl ein aufmerksames Auge haben und erkennen, daß das auf Golgatha aufgerichtete Kreuz nicht aufgehört hat, die ihm von Gott gegebene Bestimmung der Erlösung ununterbrochen zu vermitteln, durch die Kirche, den fortgesetzten Christus, der auch fortgesetzt auf das Kreuz genagelt wird, bis die Erlösung vollendet ist.

Um so erfreulicher sind einzelne Stimmen der Erkenntniß, besonders dann, wenn sie aus dem Lande der Freiheit, aus Amerika herüber tönen, von jenem Lande, auf das unsere verkommene

Schaar der Kirchenverfolger, als auf ein Beispiel der Nachahmung für das Verhältniß zwischen dem confessionslosen Staat und der Kirche hinüberdeutet.

Mit großem Interesse haben wir in den letzten Tagen Kenntniß genommen von einer kleinen Schrift, die in dem Herder'schen Verlage erschienen ist unter dem Titel: Die Kirche, betrachtet mit Rücksicht auf die gegenwärtigen Streitfragen von einem Amerikaner. Der unbekannt Verfasser nimmt das Wort des heiligen Vaters zum Motto: „Das sind keine Zeiten, die Hände in den Schoß zu legen, wenn alle Feinde Gottes daran sind, Alles, was ehrwürdig ist, umzustürzen.“ — In großen Zügen wird in der Einleitung über die gegenwärtige Lage ein Ueberblick gegeben: „Die katholische Kirche befindet sich von Rom angefangen durch die ganze Welt in einem Leidenszustande. Es gibt kaum einen Fleck der Erde, wo sie nicht mit Ungerechtigkeit, Unterdrückung oder gewaltsamer Verfolgung angegriffen wird. Länder, in welchen die Katholiken, alle anderen Christen zusammengenommen, an Zahl übertreffen, wie Frankreich, Oesterreich, Italien, Spanien, Baiern, Baden, Südamerika, Brasilien und bis vor kurzem Belgien, sind fast ganz von kirchenfeindlichen Minoritäten beaufsichtigt und beherrscht, und zwar mitunter von sehr geringen Minoritäten. Häeresie und Schisma, falsche Philosophie, falsche Wissenschaft und falsche Kunst, ränkevolle Diplomatie, Unglaube und Atheismus erheben miteinander kühn das Haupt und greifen die Kirche trotzig an, während geheime Gesellschaften von weltweiter Organisation sich im Stillen verpaidet haben, die Macht derselben im Volke zu untergraben. Sogar der kranke Mann, der Türke, der nach dem Wink der sogenannten christlichen Nationen lebt, verzeht der Kirche schamlos Fußtritte, indem er sehr wohl weiß, daß es in Europa keine Macht mehr gibt, welche offen ihre Stimme zu deren Vertheidigung erheben will.“

Der Verfasser geht nun zur Untersuchung der entfernteren Ursache der gegenwärtigen Schwierigkeiten über und findet bei der Würdigung des Protestantismus als ein constantes, in der wahren Natur der katholischen Kirche gegründetes Geheiß, daß jede ernste und andauernde Leugnung einer göttlich geoffenbarten Wahrheit ihre kräftige Vertheidigung nothwendig macht, ihre größere Entwicklung hervorruft und endlich in der dogmatischen Definition ihren Abschluß findet. Die Leugnung der päpstlichen Autorität in der Kirche durch den Protestantismus veranlaßte nothwendigerweise die vollere Entwicklung derselben: dies führte zur dogmatischen Definition der päpstlichen Unfehlbarkeit.

Der gegenwärtige Zustand der Dinge kann für nur vorübergehend gehalten werden, für eine der vielen Episoden in der großartigen Geschichte der Kirche Gottes. Nach einer kurzen Uebersicht über die verschiedenen Mittel und Wege zur Erneuerung der Religion und zur Wiedergeburt der Gesellschaft, die jetzt so viele ernste Geister beschäftigt, wird die Frage des Ausweges näher beleuchtet, und die schwierige Lösung des Räthsel in der Kirche gefunden. „Die Kirche ist der Inbegriff aller Probleme und die einflußreichste Thatsache auf der ganzen Welt. Es ist darum unlogisch, das radicale Mittel gegen alle unsere Uebel anderswo zu suchen. Die Betrachtung dieser großen Wahrheit ist die Quelle, aus welcher die Erleuchtung und das Menschengeschlecht zu seiner wahren Bestimmung hingeleitet werden soll. Das Licht, welches unsere Zeit zu seiner Erneuerung erheischt, kann allein aus dieser Quelle kommen. Die Wiedergeburt unserer Zeit hängt von der Wiedergeburt der Religion ab.“ — In den gegenwärtigen Prüfungen und Leiden der Gläubigen erkennt der Verfasser die ersten Schritte vorwärts zu einem bessern Zustande der Dinge. Sie sondern, was irdisch ist, ab und reinigen die Kirche nach ihrer menschlichen Seite.

Die Wirksamkeit des heil. Geistes in der katholischen Kirche bei den verschiedenen Nationen der Welt wird nun in geistreicher Weise zur Gegenstände einer eingehenden Besprechung gemacht und näher untersucht, warum der Protestantismus gerade bei den germanischen Völkern den meisten Boden gefunden hat. Aus der tiefstinnigen Beharrlichkeit des germanischen Geistes schöpft der Ver-

fasser die Hoffnung auf eine glückliche Rückkehr der germanischen Völkerschaften zur katholischen Kirche. „Alles dies,“ sagt er, „mag hochspeculativ und von keiner practischen Tragweite zu sein scheinen, gleichwohl hat es eine solche Tragweite, wenn man in Verbindung damit betrachtet, was jetzt in den meisten Ländern Europa's, die Schweiz einbegriffen, vor sich geht. Was sehen wir denn in all' diesen Ländern? Den gleichzeitigen und festen Entschluß, durch alle Arten der Verfolgung die katholische Kirche auszurotten; nun ist es aber ein allgemeines Geheiß der Verfolgung, daß die Verfolger bekehrt werden. Durch das Kreuz Christi begann die Erlösung der Welt; durch das Kreuz Christi wird die Erlösung der Welt fortgesetzt und vollendet.“ Die Frage ist nicht: wie soll das deutsche Reich umgestürzt werden? sie wird vielmehr practisch dahin gestellt: wie soll das große deutsche Reich für die Sache Christi gewonnen werden? Die Kirche wird dem durchdringenden Verstande der germanischen Völkerschaften ihr inneres göttliches Leben und ihre Schönheit enthüllen, der energischen Individualität stellt sie die Erhebung zu einer übernatürlichen Vollkommenheit vor, und der großen practischen Thätigkeit öffnet sie die Wege zur freudigsten Entwicklung. Eine mächtige Förderung der Rückkehr der germanischen Völker zur katholischen Kirche muß in der fortschreitenden Thätigkeit der einflußreichen, aufblühenden Elemente im Protestantismus erkannt werden, der bis zur vollständigen Negation aller Religionen vorgeht; die in allen Häresien liegenden Irrthümer tragen deren sicheren Untergang in sich. In eingehender Weise wird der Fortschritt des Katholicismus in England und Amerika beleuchtet und daran nachgewiesen, daß die Hoffnung eines künftigen Friedens nicht als eitles Hirngespinnst einer schwärmerischen Phantasie angesehen werden darf.

Wir wollen hier nicht des Einzelnen zu viel mittheilen und empfehlen den Lesern unseres Blattes, das tiefstinnige und glaubenskräftige Wort des unbekannt amerkanischen Propheten durch die Lectüre seiner kleinen, aber inhaltreicheren Schrift unmittelbar auf sich selbst einwirken zu lassen.

#### Neueste Nachrichten.

Berlin, 26. October. Der „Reichsanzeiger“ (zweite Ausgabe) schreibt: Der Kaiser ist auf der Rückreise von Italien in Bozen an einem leichten Erkältungszustande erkrankt, welcher ruhiges Verhalten im Zimmer erforderlich macht. Der Kaiser war deshalb genöthigt, die beabsichtigte Theilnahme an der Enthüllung des Stein-Denkmal aufzugeben und wird die Eröffnung des Reichstags nicht in Person vollziehen.

Konstantinopel, 26. October. Eine hierortigen Bottschaft zugekommene Nachricht, welche zum Theile durch ein der Pforte zugegangenes Telegramm bestätigt wird, constatirt, daß in Bosnien Bajsi-Bozuts mehrere christliche Ortschaften geplündert, die Bewohner derselben niedergemetzelt haben, und daß einige Insurgenten in der Herzegovina, welche sich bereits unterworfen hatten, auf obrigkeitlichen Befehl gehentt wurden. Die Pforte, welche über diese Vorfälle von dem Gouverneur von Bosnien keinerlei Nachricht erhielt, verlangte von demselben telegraphisch Aufklärungen und für den Fall der Wahrheit dieser Meldungen die Einleitung einer Untersuchung und die strenge Bestrafung der Schuldigen.

Konstantinopel, 26. October. Saduk Pascha wurde zum Botschafter in Paris, Kabuli Pascha zum Botschafter in Petersburg und Mahmud Damat zum Handelsminister ernannt. General Ignatieff wird morgen hier erwartet.

Konstantinopel, 26. October. Die Beziehungen der Pforte zu Serbien sind gegenwärtig gut. Ueber den letzten Zwischenfall sind folgende Details bekannt:

Der serbische Agent erhielt Dienstag eine Depesche von Belgrad, welche constatirte, daß Montag gegen 1400 Bajsi-Bozuts die Grenze überschritten, jedoch von serbischer Artillerie mit Kartätschen zurückgetrieben wurden. Beiderseits gab es einige Tödtet und Verwundete.

Der serbische Agent übergab Mittwoch eine Copie dieser Depesche der Pforte und begleitete dieselbe mit sehr lebhaften Vorwürfen. Unter anderem sagte er: Wenn die Pforte den Krieg will,

